

Stober/Eisenmenger

Öffentliches Wirtschaftsrecht – Besonderer Teil

Gewerberechtliche Grundlagen,
spezielles Branchenrecht
und branchenübergreifende
Querschnittsmaterien

17., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Öffentliches Wirtschaftsrecht Besonderer Teil

Gewerberechtliche Grundlagen, spezielles Branchenrecht
und branchenübergreifende Querschnittsmaterien

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Rolf Stober
Universität Hamburg

Professor Dr. Sven Eisenmenger
Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg,
Forschungsstelle Europäisches und Deutsches Sicherheitsrecht (FEDS)

17., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Erschienen ist das Werk bis zur 16. Auflage unter dem Titel: „Stober/Eisenmenger, Besonderes Wirtschaftsverwaltungsrecht“.

17. Auflage 2019

Alle Rechte vorbehalten
© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-033955-2

E-Book-Formate:
pdf: ISBN 978-3-17-033956-9
epub: ISBN 978-3-17-033957-6
mobi: ISBN 978-3-17-033958-3

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort zur 17. Auflage

Das Werk behandelt ausgewählte klassische und moderne Repräsentanten des Öffentlichen Wirtschaftsrechts und ist auf dem Bearbeitungsstand vom 1. März 2019. Es richtet sich sowohl an Studierende als auch an Praktiker in Unternehmen, Verwaltungen sowie Gerichten und eignet sich ferner für die Fortbildung zum Fachanwalt für Verwaltungsrecht (Sachgebiet Wirtschaftsverwaltungsrecht) nach § 43c BRAO i. V. m. § 8 Fachanwaltsordnung. Aufgrund seines branchenspezifischen Aufbaus ist es darüber hinaus als Nachschlagewerk nutzbar. Inhaltlich berücksichtigt die Neuauflage die aktuelle Entwicklung sämtlicher Facetten des Gewerberechts in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum.

Das Lehrbuch ist auf das im Kohlhammer-Verlag erscheinende Werk Stober/Korte, Öffentliches Wirtschaftsrecht Allgemeiner Teil ebenso abgestimmt wie auf die im NWB-Verlag erscheinende Textausgabe Stober (Hg.), Wichtige Gesetze für Wirtschaftsverwaltung und Öffentliche Wirtschaft.

§ 45 des vorliegenden Werkes bearbeitet der Autor Stober, während die §§ 46–56 in den Verantwortungsbereich des Autors Eisenmenger fallen.

Hamburg, im März 2019

Rolf Stober
Sven Eisenmenger

Inhaltsübersicht

Band I: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Allgemeiner Teil)

- A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung

Band II: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Besonderer Teil)

- G. Gewerberechtliche Grundlagen
 - § 45 Gewerbeordnungs- und Anlagenrecht
 - § 46 Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung
- H. Spezielles Branchenrecht
 - § 47 Gaststättenrecht
 - § 48 Handwerksrecht
 - § 49 Personen- und Güterbeförderungsrecht
 - § 50 Energiewirtschaftsrecht
 - § 51 Medienwirtschaftsrecht
 - § 52 Kreislaufwirtschaftsrecht
 - § 53 Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht
 - § 54 Produktsicherheitsrecht
- I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien
 - § 55 Ladenöffnungsrecht
 - § 56 Subventionsrecht

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
G. Gewerberechtliche Grundlagen	1
§ 45 Gewerbeordnungs- und Anlagenrecht	1
I. Zur Einordnung des Gewerberechts	1
II. Rechtsgrundlagen und Entwicklung des Gewerberechts	1
1. Die Gewerbeordnung und gewerberechtliche Spezialgesetze	1
2. Die Gewerbeordnung als Grundgesetz des Gewerberechts.	2
3. Unionsrechtliche Grundlagen des Gewerberechts.	3
a) Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrsfreiheit	3
b) Die Berufsanerkennungsrichtlinie	3
c) Pro-Forma-Mitgliedschaft und weitere Modernisierung mitgliedstaatlicher Regelungen	4
d) Die Dienstleistungsrichtlinie	4
e) Diskriminierungsverbot und Verwaltungszusammenarbeit	5
f) Mitgliedstaatliche Regelungsvorbehalte im Gewerberecht	5
III. Zur Reform des Gewerberechts	6
1. Gescheiterte Reformversuche	6
2. Regelungsbedarf für neue gewerbliche Geschäftsmodelle?	7
3. Erprobungsklausel als Reformersatz?	8
4. Reform zwischen Deregulierung und Verrechtlichung.	9
5. Zur Zweckmäßigkeit eines Gewerbegebungsbuches	10
6. Zur Kodifikation des Allgemeinen Teils als erste Reformstufe	10
7. Gewerbegebung nach der Föderalismusreform	11
IV. Gewerberecht als Sonderordnungs- und Wirtschaftsüberwachungsrecht	12
V. Gewerberechtliche Zuständigkeiten	12
1. Gewerbeordnungs- und Gewerbeaufsichtsbehörden	12
2. Gewerbeordnung und einheitliche Ansprechpartner	13
3. Gewerbeordnung und Spezialgesetze	13
VI. Allgemeine Bemerkungen zum Gewerbebegriff.	14
1. Zur Teilregelung des Gewerbebegriffs	14
2. Zur Vielfalt des Gewerbebegriffs.	15
a) Der klassische Gewerbebegriff im Wirtschaftsrecht	15
b) Zur Geschäftstätigkeit von Wirtschaftsakteuren	15
c) Zur Definition des Gewerbebegriffs	15
3. Gewerbsmäßigkeit und Gewerbsfähigkeit	16
4. Bagatellgewerbe	16
VII. Einzelmerkmale der Gewerbsmäßigkeit.	17
1. Erlaubte Tätigkeit.	17
2. Gewinnerzielungsabsicht	19
3. Selbstständige Tätigkeit und Scheinselbstständigkeit.	20
4. Fortgesetzte Tätigkeit	22

Inhaltsverzeichnis

VIII. Einzelmerkmale der Gewerbsunfähigkeit	22
1. Urproduktion	22
2. Verwaltung eigenen Vermögens	24
3. Wissenschaftliche, künstlerische und schriftstellerische Berufe	24
4. Persönliche Dienstleistungen höherer Art und freie Berufe	25
a) Rechtsgrundlagen der Freiberuflichkeit	25
b) Zur Freiberuflichkeit von Apothekern, IT- und Beratungsberufen	26
c) Zur Fragwürdigkeit der Sonderstellung der freien Berufe	27
d) Jüngere Definitions- und Abgrenzungsversuche	28
e) Zur Deregulierung der freien Berufe	29
f) Zur Qualifizierung von Misch Tätigkeiten	30
5. Monopole der öffentlichen Hand	30
IX. Gewerbearten und Gewerbefreiheit	31
1. Gewebetypen	31
2. Gewerbefreiheit als Gewerbezulassungsfreiheit	31
a) Gewerbefreiheit als Rechtsprinzip und als subjektives Recht	31
b) Gewerbliche Tätigkeit von Ausländern	32
c) Die Gewerbezulassungsfreiheit	32
3. Gewerbefreiheit und Gewerbeausübung	33
4. Keine Gewerbefreiheit der öffentlichen Hand	33
X. Einzelpersonen und Gesellschaften als Gewerbetreibende	33
XI. Gewerblicher Datenschutz	35
XII. Gewerbe- und Unternehmensregister	36
1. Gewerberegister	36
2. Handwerksrolle und Unternehmensverzeichnis	36
3. Unternehmensregister	36
4. Vermittlerregister	36
5. Bewacherregister	36
6. Wettbewerbsregister	37
7. Gewerbezentralregister	37
XIII. Elektronisierung der Gewerbeverwaltung	38
§ 46 Die Gewerbeordnung – Kerngesetz für Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung	38
I. Grundsätze und Struktur des stehenden Gewerbes	38
1. Gewerbliche Niederlassung	38
2. Anzeigepflicht	39
a) Zweck der Anzeigepflicht	39
b) Anzeigepflichtige Tatbestände	40
c) Rechtsnatur der Bescheinigung nach § 15 Abs. 1 GewO	41
3. Dienstleistungs-Informationspflichten	42
4. Stellvertretung	43
5. Gewerbeuntersagung	44
a) Bedeutung der Gewerbeuntersagung	44
b) Anwendungsbereich	44
c) Gewerbeuntersagung durch Spezialvorschriften	45
d) Allgemeine Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung	45

e)	Konkrete Tatsachen	45
f)	Unzuverlässigkeit.	46
g)	Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit der Untersagung	48
h)	Gewerbeuntersagungsverfahren	49
i)	Schließung der Betriebs- oder Geschäftsräume als Vollstreckungsmaßnahme	50
j)	Wiedergestattung des Gewerbes.	50
k)	Untersagung nach § 51 GewO.	51
6.	Auskunft und Nachschau	51
7.	Erscheinungsformen des stehenden Gewerbes und Zulassungsbegriff	51
8.	Formelle und materielle Gewerbertwidrigkeit	52
a)	Begriff und Anwendungsbereich.	52
b)	Stilllegung als Ermessensvorschrift	53
c)	Stilllegung und Polizei- und Ordnungsrecht	53
d)	Stilllegung und Vollstreckung	54
9.	Formelle Gewerbertwidrigkeit als Ordnungswidrigkeit und fehlende Zulassungskonzentration.	54
II.	Einzelne Personalerlaubnisse	54
1.	Personalerlaubnisse in Spezialgesetzen	54
2.	Zur Systematik der Personalerlaubnisse in der Gewerbeordnung	55
3.	Privatkrankenanstalten (§ 30 GewO).	55
4.	Bewachungsgewerbe auf Seeschiffen (§ 31 GewO).	56
5.	Schaustellung von Personen (§ 33a GewO).	57
6.	Glücksspielrecht und sonstiges Spielrecht (§§ 33c ff. GewO)	58
a)	Glücksspiele	59
b)	Sonstige Spiele	60
7.	Bewachungsgewerbe (§ 34a GewO).	61
a)	Erlaubnisvoraussetzungen.	61
b)	Zur Novellierungsdiskussion.	62
8.	Versteigerergewerbe (§ 34b GewO).	63
9.	Makler, Bauträger, Baubetreuer (§ 34c GewO)	64
10.	Versicherungsvermittler und Versicherungsberater (§§ 34d und e GewO).	65
11.	Finanzanlagenvermittler und Honorar-Finanzanlagenberater (§§ 34f–h GewO).	66
12.	Immobilienkreditvermittler (§§ 34i und j GewO)	67
13.	Öffentliche Bestellung von Sachverständigen (§ 36 GewO)	67
III.	Besonders überwachungsbedürftige Gewerbe	69
1.	Gewerbeüberwachung zwischen Anzeige- und Zulassungspflicht	69
2.	Zur Konzeption des besonders überwachungsbedürftigen Gewerbes	69
3.	Anwendungsbereich des § 38 GewO	70
4.	Einzelne Überwachungselemente.	70
5.	Unionsrechtliche Vorgaben.	71
IV.	Reisegewerbe	71
1.	Begriff und Bedeutung.	71

Inhaltsverzeichnis

a)	Reisegewerbe zwischen Liberalisierung und Verbraucherschutz	71
b)	Modifizierter Gewerbebegriff	72
c)	Das Schlüsselmerkmal „ohne vorhergehende Bestellung“	73
2.	Erlaubnispflicht	74
3.	Internationale Gewerbelegitimationskarte	74
4.	Einstellung, Verhinderung und Geltungsbereich	74
5.	Inhaltsbeschränkung und Nebenbestimmungen	75
6.	Verbotene Tätigkeiten und Entziehung der Reisegewerbekarte	75
7.	Sonderfälle	75
8.	Wanderlager	76
V.	Messen, Ausstellungen, Märkte	76
1.	Offenheit des Veranstaltungsbegriffs	76
2.	Kommunale Veranstaltungen	78
3.	Straßenrechtliche Veranstaltungen	79
4.	Einzelne Veranstaltungstypen	79
5.	Veranstaltungsprivilegien und Grenzen	80
6.	Festsetzung, Versagung und Aufhebung von Veranstaltungen	81
7.	Veranstaltungsordnungen	82
H.	Spezielles Branchenrecht	83
§ 47	Gaststättenrecht	83
I.	Das Gaststättenrecht zwischen Bundes- und Landesrecht	83
1.	Die Entwicklungen im Überblick	83
2.	Kernanforderungen des Bundesgaststättengesetzes und der Landesgaststättengesetze im Vergleich	83
3.	Weitere Rechtsgrundlagen des Gaststättenrechts	84
II.	Fokus: Bundesgaststättengesetz	85
1.	Sachlicher Anwendungsbereich des Bundesgaststättengesetzes	86
2.	Gaststättenrechtliche Erscheinungsformen	86
3.	Erlaubnispflicht und Versagung	88
a)	Erlaubnispflicht des Gaststättengewerbes	88
b)	Versagungsgründe	88
c)	Formbedürftigkeit und Raumbezogenheit	90
d)	Nebenbestimmungen und Stellvertretung	90
e)	Gaststättenerlaubnis und andere Erlaubnisse	91
f)	Gaststättenerlaubnis und Anzeigepflichten	92
4.	Rücknahme, Widerruf und Erlöschen	92
5.	Besondere Gaststättenerlaubnisse	92
a)	Vorläufige Erlaubnis	92
b)	Gestattung	93
c)	Stellvertretererlaubnis	93
6.	Erlaubnisfreie Gaststättenbetriebe	93
7.	Ausübungsregelungen	94
a)	Erbringung von Nebenleistungen	94
b)	Allgemeine Ausübungsbeschränkungen	94
8.	Auskunft und Nachschau	95

§ 48 Handwerksrecht	95
I. Rechtsgrundlagen des Handwerksrechts	95
1. Unionsrechtliches Anerkennungs- und Liberalisierungsprinzip	95
2. Nationales Recht und Selbstverwaltungsrecht	96
II. Zielsetzungen des Handwerksrechts	96
1. Erhaltung des Handwerks als Berufsstand	96
2. Zur Gefahrenabwehr	96
3. Die Gefahrenhandwerke der Anlage A	97
III. Unionsrechtliche und verfassungsrechtliche Diskussion der Meisterprüfung	97
1. Die Meisterprüfung auf dem Prüfstand des Unionsrechts	97
2. Meisterprüfung und Grundgesetz	97
IV. Handwerksbetrieb und Gewerbebetrieb	98
1. Der Handwerksbetrieb i. S. d. § 1 Abs. 2 HwO	98
2. Der Handwerksbetrieb als stehendes Gewerbe	99
3. Handwerksfähigkeit	99
a) Gewerbe im Sinne der Anlage A	99
b) Wesentliche Handwerkstätigkeiten	100
V. Handwerksmäßigkeit	101
1. Handwerksbetrieb und Industriebetrieb	101
2. Einzelne Abgrenzungskriterien	102
3. Handwerk als geistiges Werk	103
VI. Formen des Handwerksbetriebs	103
1. Der handwerkliche Nebenbetrieb	103
2. Der handwerkliche Hilfsbetrieb	105
VII. Handwerksrolle und Befähigungsnachweis	105
1. Meisterprüfung als Gewerbeerlaubnis	105
2. Personaler Anwendungsbereich der Handwerksrolleneintragung	106
3. Handwerksrolle und Handwerkskarte	107
4. Ausnahmewilligungen	107
a) Ausnahmen für Deutsche ohne Meisterprüfung	107
b) Ausnahmen nach dem Berufsbildungsgesetz	108
c) Ausnahmen für EU- und EWR-Angehörige	108
d) Keine Ausnahmewilligung für grenzüberschreitende Dienstleistungen	108
5. Handwerksrolleneintragung und der Betrieb anderer Handwerke	109
a) Arbeiten in anderen Handwerken bei Fachzusammenhang oder wirtschaftlicher Ergänzung	109
b) Betreiben verwandter Handwerke	109
c) Betreiben weiterer Handwerksgewerbe	110
6. Verwaltungszuständigkeiten	110
VIII. Stellvertretung und Fortführung	110
IX. Überwachung des Handwerksbetriebes und Löschung	110
1. Handwerksrechtliche Untersagung und Schließung	110
2. Gewerberechtliche Untersagung	111
3. Löschung in der Handwerksrolle	111
X. Das zulassungsfreie und das handwerksähnliche Gewerbe	112

Inhaltsverzeichnis

1.	Kennzeichen der Handwerksähnlichkeit	112
2.	Begrenzte Anwendbarkeit der Handwerksordnung.	112
XI.	Berufsbildung im Handwerk und Ausbildungsseignung.	113
§ 49	Personen- und Güterbeförderungsrecht	114
I.	Grundlagen des Personen- und Güterbeförderungsrechts	114
1.	Eingrenzungen	114
2.	Rechtsgrundlagen	114
a)	Internationales Recht	114
b)	Unionsrecht	115
c)	Nationales Recht.	116
d)	Räumlicher Geltungsbereich und grenzüberschreitender Verkehr	118
3.	Ziele.	118
II.	Personenbeförderungsgesetz	119
1.	Umfang der Genehmigungspflicht	119
2.	Voraussetzungen der Genehmigung	120
3.	Weitere Einzelheiten zur Genehmigung	121
III.	Güterkraftverkehrsgesetz	122
1.	Umfang der Erlaubnispflicht	122
2.	Voraussetzungen der Erlaubnis	123
3.	Weitere Einzelheiten zur Erlaubnis	123
§ 50	Energiewirtschaftsrecht	124
I.	Regulierungsrechtliche Grundlagen im Energiewirtschaftsgesetz	124
1.	Das Energiewirtschaftsgesetz als Regulierungsgesetz.	124
2.	Regulierungsziele	125
3.	Regulierungsinstrumente	126
II.	Herausforderung: Netzausbau	126
1.	Das Akzeptanzproblem	127
2.	Ein neues Infrastrukturrealisierungsmodell als Grundlage des Netzausbaus	127
3.	Zweckmäßigkeitaspekte	129
4.	Rechtliche Machbarkeit.	130
5.	Ausblick	131
§ 51	Medienwirtschaftsrecht	131
I.	Bedeutung, Zielsetzung und Begriff des Medienwirtschaftsrechts	131
1.	Historische und aktuelle Bedeutung des Medienwirtschafts- rechts als Regulierungsrecht	131
2.	Zur Zielsetzung des Medienwirtschaftsrechts	132
3.	Zum Begriff des Medienwirtschaftsverwaltungsrechts	133
II.	Weltwirtschaftsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsrechts	133
1.	Zur Internationalität des Medienwirtschaftsrechts	133
2.	Internationaler Handel mit Telekommunikationsdienstleistun- gen.	134
3.	Internationale Bekämpfung der Internet-Kriminalität	134
4.	Schutz vor geistiger Produktpiraterie	134
III.	Unionsrechtliche Grundlagen des Medienwirtschaftsverwaltungs- rechts	135
1.	Medienwirtschaft versus Kultur	135

2.	Medienwirtschaftsrecht als Ausdruck der Dienstleistungsfreiheit	135
a)	Zum Dienstleistungscharakter	135
b)	Zur Entgeltlichkeit der Dienstleistungen	136
3.	Schranken der Dienstleistungsfreiheit.	136
4.	Herkunftslandprinzip	137
5.	Sekundärrechtliches Medienwirtschaftsverwaltungsrecht.	137
a)	Liberalisierung des staatsmonopolisierten Telekommunikationssektors	137
b)	Erste Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung von Medientätigkeiten	137
c)	Die weitere Vereinheitlichung elektronischer Kommunikationsdienste und Kommunikationsnetze	137
d)	Keine Geltung der Dienstleistungsrichtlinie	139
6.	EU-Beihilferecht	140
7.	Sonstige medienwirtschaftsrelevante Unionspolitiken	140
8.	Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit	140
IV.	Das nationale Recht der Informations- und Kommunikationsdienstwirtschaft.	141
1.	Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten	141
2.	Gewährleistungsverantwortung des Bundes für Telekommunikationsdienstleistungen	142
3.	Doppelzuständigkeit und Zusammenarbeit mit anderen Behörden	143
4.	Die Rolle der Monopolkommission.	143
5.	EU-Regulierungsbehörde	143
V.	Die Ausgestaltung des Telekommunikationsrechts	144
1.	Die Gesetzeszwecke der Telekommunikationsregulierung	144
2.	Telekommunikationsrecht als Teil des Wirtschaftsüberwachungsrechts	144
VI.	Das überwachungsrechtliche Instrumentarium des Telekommunikationsrechts	145
1.	Das neue Rechtsregime der Aufnahmeüberwachung.	145
2.	Meldepflicht als Instrument der Aufnahmeüberwachung.	145
3.	Instrumente der Ausübungsüberwachung	146
a)	Informationspflichten gegenüber der Bundesnetzagentur	146
b)	Auskunftspflichten.	147
c)	Betreiberpflichten zur Ermöglichung der Fernmeldeüberwachung	147
d)	Nummerierungspflichten von Betreibern und Anbietern und Befugnisse der Bundesnetzagentur	147
e)	Untersagung der Betreiber- oder Anbietertätigkeit.	147
f)	Universaldienstleistungspflicht und Universaldienstleistungsabgaben	148
4.	Frequenzüberwachung.	148
a)	Frequenzzuteilung als Allgemein- oder Einzelzuteilung	148
b)	Spezielles Frequenzvergabeverfahren.	148
c)	Widerruf und Rücknahme der Frequenzzuteilung.	149
d)	Überwachung der Frequenznutzung	149
e)	Frequenzhandel.	149

Inhaltsverzeichnis

5.	Systemwechsel bei der Regulierungsfinanzierung	149
VII.	Zur inhaltlichen Regulierung der Informations- und Kommunika- tionsdienste	150
1.	Begriffliche Abgrenzungen	150
a)	Zum Telemedienbegriff	150
b)	Abgrenzung zu Telekommunikationsdiensten	150
c)	Abgrenzung zum Rundfunk	151
2.	Zulassungs- und Anmeldefreiheit der Telemediendienste	151
3.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten	151
a)	Gewerberecht	151
b)	Banken- und Kreditwirtschaftsrecht	152
c)	Telekommunikationsrecht	152
4.	Zur Aufnahmeüberwachung bei Telemediendiensten	152
a)	Gewerbe- und Telekommunikationsrecht	152
b)	Verhältnis von Telemediendiensten und Rundfunk	152
5.	Ausübungsüberwachung bei Telemediendiensten	152
a)	Kennzeichnungs- und Sorgfaltspflichten, Werbung	152
b)	Inhaltsüberwachung aus Gründen des Jugendschutzes	152
6.	Organisation der Überwachung von Telemediendiensten	153
VIII.	Kommunikationsdatenschutz und Zertifizierungsdiensteanbieter	153
IX.	Zur internationalen kommunikationsrechtlichen Dimension	153
§ 52	Kreislaufwirtschaftsrecht	154
I.	Abfallwirtschaft	154
1.	Abfallwirtschaft zwischen öffentlicher und privater Verantwor- tung	154
2.	Abfallwirtschaft zwischen Wirtschaftsverwaltungs- und Umwelt- recht	156
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten	157
1.	Die EU als Entsorgungunion	157
2.	Die mitgliedstaatliche Verantwortung für die Abfallwirtschaft	157
3.	Landesrechtliche Regelungsspielräume	158
4.	Selbstverwaltung und Vollzug	158
III.	Abfall als Gegenstand des Kreislaufwirtschaftsrechts	159
IV.	Zweck und Grundsätze der Abfallwirtschaft	160
V.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Unternehmerpflichten und Selbstbe- schränkungsabkommen	161
1.	Das Pflichtenprogramm des KrWG	161
2.	Duales System	162
3.	Pfänderhebungspflicht für Einwegverpackungen	162
VI.	Kreislaufwirtschaftsrechtliche Berufsfelder	162
1.	Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen	162
2.	Entsorgungsfachbetrieb	163
3.	Betrieb von Abfallbeseitigungs- und Recyclinganlagen	163
4.	Beauftragung Privater mit Entsorgungsaufgaben	163
5.	Abholung von Verkaufs- und Serviceverpackungen sowie von Elektrogeräten	163
VII.	Allgemeine Überwachung	164
VIII.	Überwachung durch die Öffentlichkeit	164

IX.	Abfallabgabe und Finanzgarantien	164
X.	Abwasserwirtschaftsrecht	164
§ 53	Lebensmittel- und Futtermittelwirtschaftsrecht	165
I.	Bedeutung und Entwicklung des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts	165
1.	Entwicklungslinien des Lebensmittel- und Ernährungswirtschaftsrechts	165
2.	Lebensmittelwirtschaftsrecht als Risikoverwaltungsrecht.	166
3.	Gesundheitsschutz als EU-Ziel	167
4.	Die Lebensmittelbasisverordnung als Kodifizierung der Unionspolitik	167
II.	Zweck und Begriff des Lebensmittelwirtschaftsrechts	168
1.	Gesundheits- und Verbraucherschutz	168
2.	Schutz vor Täuschung und Irreführung sowie Informationsrechte	168
3.	Wettbewerbsschutz und Lebensmittelsicherheit	169
4.	Lebensmittel- und Lebensmittelwirtschaftsrecht.	169
III.	Rechtsgrundlagen des Lebensmittelwirtschaftsrechts	170
1.	Internationales Lebensmittelwirtschaftsrecht	170
a)	GATT/WTO-Recht	170
b)	Codex Alimentarius.	170
c)	Staatsverträge	171
2.	Unionsrechtliches Lebensmittelwirtschaftsrecht	171
a)	Verwirklichung des Lebensmittelbinnenmarktes	171
b)	Die Verordnung über allgemeine Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts als Basisverordnung.	172
c)	Das Lebensmittelhygienerecht als Sicherheitsstandard	173
d)	Die Verordnung über gentechnisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel	174
e)	Die Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel.	175
3.	Nationales und regionales Lebensmittelwirtschaftsrecht	175
4.	Das LFGB und seine Nebengesetze	176
a)	Grundkonzeption des LFGB	176
b)	Basisverordnung und LFGB	177
5.	Lebensmittelbuch und Richtlinien der Verbände	177
IV.	Die Regelungsgegenstände des LFGB	178
1.	Geschützter Personenkreis	178
2.	Verkehr mit Lebensmitteln.	179
3.	Verkehr mit Futtermitteln	180
4.	Verkehr mit kosmetischen Mitteln.	180
5.	Verkehr mit sonstigen Bedarfsgegenständen	181
V.	Marktfreiheit und Verbote des LFGB	182
1.	Das Lebensmittelrecht zwischen Marktfreiheit, Zulassung und Verboten.	182
2.	Schutz der Gesundheit.	182
a)	Verbote zum Schutz der Gesundheit	182
b)	Ermächtigungen zum Schutz der Gesundheit	184

Inhaltsverzeichnis

3.	Schutz vor Täuschung	184
a)	Verbote zum Schutz vor Täuschung	184
b)	Ermächtigungen zum Schutz vor Täuschung	185
VI.	Lebensmittelorganisation und -überwachung	186
1.	Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit	186
2.	Das Bundesinstitut für Risikobewertung.	187
3.	Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	187
4.	Landesrechtliche Zuständigkeiten	187
5.	Überwachungsbefugnisse	188
6.	Pflichten der von Überwachungsmaßnahmen betroffenen Personen	190
7.	Organisation der Lebensmittelüberwachung	190
8.	Gewerbeuntersagung.	190
VII.	Zur Unternehmerverantwortung für Lebens- und Futtermittel	191
§ 54	Produktsicherheitsrecht	191
I.	Wirtschaftliche Bedeutung des Produktsicherheitsrechts.	191
II.	Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten.	192
1.	Unionsrechtliche Rechtsgrundlagen	192
a)	Kern- statt Vollharmonisierung	192
b)	Rechtsakte der Union.	193
2.	Nationale Rechtsgrundlagen.	194
3.	Europäische und nationale Normung.	195
4.	Verwaltungszuständigkeiten	195
III.	Zielsetzungen, Prinzipien und Abgrenzung	196
1.	Ziele des Produktsicherheitsrechts.	196
2.	Prinzipien des Produktsicherheitsrechts	196
a)	Vorsorgeprinzip.	196
b)	Kooperationsprinzip	197
c)	Eigenverantwortungsprinzip	197
d)	Verhältnismäßigkeitsprinzip	197
IV.	Anwendungsbereich des Produktsicherheitsrechts	198
1.	Sachlicher Anwendungsbereich.	198
2.	Persönlicher Anwendungsbereich	198
V.	Pflichtenprogramm	198
VI.	Überwachung der Produktsicherheit.	199
1.	Marktüberwachung	199
2.	Anordnungsbefugnisse.	199
a)	Produktsicherheitsrechtliche Generalklausel.	199
b)	Standardmaßnahmen	199
c)	Behördenwarnungen	200
d)	Vorrang von Eigenmaßnahmen	200
e)	Adressat von Gefahrenabwehrmaßnahmen	200
3.	Überwachungsbefugnisse	201
I.	Branchenübergreifende Querschnittsmaterien	202
§ 55	Ladenöffnungsrecht	202
I.	Rechtsgrundlagen	202

1.	Ladenöffnungsrecht als Querschnittsmaterie	202
2.	Ladenöffnungsrecht als Landeskompetenz	202
II.	Anwendungsbereich der Ladenöffnungsgesetze	202
1.	Feilhalten in Verkaufsstellen	202
2.	Gewerbliches Feilhalten außerhalb von Verkaufsstellen	203
3.	Zubehörverkauf	204
III.	Zielsetzungen	204
1.	Schutz der Konsum-, Unternehmer- und Arbeitnehmerfreiheit	204
2.	Ladenöffnungsrecht und Arbeitszeitrecht	205
3.	Verbraucherschutz	205
4.	Zum Sonn- und Feiertagsschutz	205
IV.	Besondere Öffnungsbedürfnisse an Sonn- und Feiertagen	205
1.	Ganztägiges Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen	205
2.	Temporäres Offenhalten bestimmter Verkaufsstellen	206
V.	Zuständigkeiten	206
VI.	Zur subjektivrechtlichen Stellung der Kirchen	206
§ 56	Subventionsrecht	207
I.	Subventionsrecht als Wirtschaftsförderungsrecht	207
II.	Rechtsgrundlagen des Subventionsrechts	207
1.	Der GATT/WTO Subventionskodex	207
2.	Das EU-Beihilferecht	207
3.	Rechtsgrundlagen des nationalen Subventionsrechts	208
III.	Zur Vielfalt des Subventionsbegriffs	209
1.	Verwaltungsrechtlicher Subventionsbegriff	209
2.	Strafrechtlicher Subventionsbegriff	209
3.	Rechtswissenschaftlicher Subventionsbegriff und EU-Beihilfebegriff	210
4.	Subventionsbegriff und Subventionsverhältnis	211
IV.	Das Subventionsverhältnis als Rechtsverhältnis	211
V.	Ansprüche, Ermessen und Beurteilungsspielraum	212
VI.	Verwaltungsverfahren und Subventionszweck	213
1.	Informelles Subventionsverfahren	213
2.	Formelles Subventionsverfahren	213
3.	Zur Konkretisierung des Subventionszwecks	214
4.	Anhörungsspflichten und Beachtung der Startverbotsklausel	214
5.	Verfahrensabschluss und Sicherung des Rückzahlungsanspruchs	215
6.	Haushaltsinternes Verwaltungsverfahren	215
VII.	Das EU-Beihilfeverfahren	215
1.	Die Subventionsverfahrensverordnung als zentrale Regelungsmaterie	215
2.	Verfahren bei angemeldeten neuen Beihilfen	216
a)	Anmeldepflicht und Notifikationsverzicht	216
b)	Die Mehrstufigkeit des präventiven Verfahrens	219
3.	Verfahren bei rechtswidrigen Beihilfen	221
4.	Verfahren bei missbräuchlicher Anwendung von Beihilfen	222
5.	Verfahren bei bestehenden Beihilferegelungen	223
6.	Verfahrensinstrumente zur Überwachung	223
VIII.	Das GATT/WTO-Subventionsverfahren	223

Inhaltsverzeichnis

1.	Notifikations- und Überwachungsverfahren	223
2.	Konsultationsverfahren und Abhilfemaßnahmen	224
IX.	Handlungsformen	224
1.	Der Subventionsbewilligungsbescheid	224
2.	Die vorläufige Subventionsbewilligung.	226
3.	Subventionszusagen	226
4.	Der öffentlich-rechtliche Subventionsvertrag	226
5.	Der privatrechtliche Subventionsvertrag	227
X.	Abwicklung von Subventionen	228
XI.	Rückabwicklung von Subventionen	228
1.	Aufhebungsentscheidung und Erstattungsanspruch	228
2.	Rücknahme und Widerruf	228
a)	Rücknahme eines Bewilligungsbescheides	228
b)	Widerruf eines Bewilligungsbescheides	229
3.	Zur Entbehrlichkeit von Widerruf und Rücknahme bei beding- ter oder vorläufiger Subventionierung	230
4.	Rücknahme und Widerruf als Ermessenshandlungen	230
5.	Rückabwicklung unionsrechtswidriger Subventionen	231
a)	Formelle und materielle Rechtswidrigkeit sowie miss- bräuchliche Anwendung von Beihilfen	231
b)	Das anzuwendende Verfahrensrecht	231
c)	Unionsrechtliche Ermessensbindungen	233
d)	Zum Vertrauensschutz des Subventionsempfängers im Unionsrecht	233
e)	Rücknahmefrist und Unionsrecht.	233
f)	Erstattungsanspruch und Verzögerungszinsen.	234
6.	Rückabwicklung bei öffentlich-rechtlichem und privatrechtli- chem Subventionsvertrag	235
XII.	Haushaltsrechtliche Subventionskürzung und Subventionseinstellung.	236
XIII.	Subventionskontrolle	237
	Stichwortverzeichnis	239

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der EG, seit 1.2.2003 Amtsblatt der EU
Abs.	Absatz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Aktiengesellschaft, Ausführungsgesetz, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
a. M.	andere Meinung
AMG	Arzneimittelgesetz
amtl.	Amtliche, amtliche
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz	Bundesanzeiger
BAuA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
Bay	Bayerische
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebsberater
Bbg.	Brandenburg (brandenburgisch)
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Begr.	Begründung
BFH	Bundesfinanzhof
BGastG	Bundesgaststättengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchVO	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BinSchAufG	Binnenschiffahrtsaufgabengesetz
BK	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Bonner Kommentar)
BLL	Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V.

Abkürzungsverzeichnis

Bln	Berlin
BMF	Bundesminister der Finanzen
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BQRL	Berufsqualifizierungsrichtlinie (EG-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG)
BR	Bundesrat
BR-Ds.	Bundesratsdrucksache
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brem.	Bremisch
BT	Besonderer Teil
BT-Ds.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BWVPr	Baden-Württembergische Verwaltungspraxis
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
C	Communication
ca.	circa
ChemG	Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz)
CE	Communautés Européennes
CEN	Europäische Komitee für Normung
CR	Computer und Recht
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DFS	Deutsche Flugsicherung
d. h.	das heißt
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
dies.	dieselbe(n)
DIN	Deutsches Institut für Normung
Diss. (iur.)	juristische Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DLR	Dienstleistungsrichtlinie (EG-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DSD	Duales System Deutschland
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung (EU-Verordnung 2016/679)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Amtliche Entscheidungssammlung des zuvor genannten Gerichts, zitiert nach Band und Seite (z. B. BVerfGE 17, 371 ff.); Entwurf
EBLS	Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit
EG	Europäische Gemeinschaft
EGovG	Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung
Ehlers/Fehling/ Pünder, BVerwR I	D. Ehlers, M. Fehling und H. Pünder (Hg.), Besonderes Verwaltungsrecht, Band 1 (Öffentliches Wirtschaftsrecht), 3. Aufl. 2012
Einf	Einführung
EKStG	Einkommensteuergesetz
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte
EN	Euro(päische) Normenreihe
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
Erl.	Erläuterung
EstG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union

Abkürzungsverzeichnis

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechts-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Einigungsvertrag
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWK	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
EzGewR	R. Stober (Hg.), Entscheidungssammlung zum Gewerberecht, Loseblattsammlung, 1989 ff.
f.	folgende(r) (Seite/Paragraph)
ff.	folgende (Seiten/Paragraphen)
FG	Festgabe, Finanzgericht
Frotscher/Kramer	W. Frotscher und U. Kramer, Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 7. Aufl. 2019
FS	Festschrift
G	Gesetz
GBL	Gesetzblatt
gem.	gemäß
GemO	Gemeindeordnung
GenTG	Gentechnikgesetz
GewArch.	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GlüStV	Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO	Gemeindeordnung
GSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GV. NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
ha	Hektar
HACCP	Hazard Analysis Critical Control Point
HB	Handelsblatt
Hdb.	Handbuch
Hess.	Hessisch
Hg.	Herausgeber
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH	Freie und Hansestadt Hamburg
h. M.	herrschende Meinung
Hmb.	Hamburgisch
Hs.	Halbsatz
HwO	Handwerksordnung
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinne
IHK	Industrie- und Handelskammer(n)
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern

Abkürzungsverzeichnis

InfrAG	Infrastrukturabgabengesetz
ISO	International Organization for Standardization
i. S. d./v.	im Sinne des/von
IT	Informationstechnik
ITU	International Telecommunication Union
IuKDG	Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz
i. V. m.	in Verbindung mit
IVU	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
JBl.	Juristische Blätter (Zeitschrift Österreich)
JMStV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
JÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JZ	Juristenzeitung
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kommanditgesellschaft
KOM	Dokumente der Kommission der Europäischen Union
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWG	Kreditwesengesetz
L	Législation/Legislation
LadSchlG	Ladenschlussgesetz
Landmann/Rohmer	Landmann/Rohmer, Gewerbeordnung, Kommentar, Loseblattwerk
LBO	Landesbauordnung
LdRW	H.-J. Bunte/R. Stober (Hg.), Lexikon des Rechts der Wirtschaft, Loseblattwerk, 1990 ff. (zit.: Bearbeiter, in: LdRW)
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch
LG	Ländergericht
LGastG	Landesgaststättengesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
lit.	litera
LKRZ	Zeitschrift für Landes- und Kommunalrecht Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland
LKT	Landkreistag
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung
LÖG	Ladenöffnungsgesetz
LRE	Lebensmittelrechtliche Entscheidungen
LuftSiG	Luftsicherheitsgesetz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LV	Landesverfassung
LVerwG	Landesverwaltungsgesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MDStV	Mediendienste-Staatsvertrag
Meyer/Strein	A. H. Meyer/R. Streinz, LFGB – Basis VO, Kommentar, 2. Aufl. 2012
Mio.	Million(en)
MMR	Multimedia und Recht
MOG	Marktorganisationsgesetz
MPG	Medizinproduktegesetz
MV	Mecklenburg-Vorpommern
n. F.	neue Fassung
Nds	Niedersachsen, niedersächsisch

Abkürzungsverzeichnis

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
Nr.	Nummer(n)
NRW, nrw	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungsreport
NW	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
NWB	Neue Wirtschafts-Briefe
NW PolG	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o.	oben
ObLG	Oberstes Landesgericht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
ÖR	Öffentliches Recht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
OZG	Onlinezugangsgesetz
ÖZW	Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
Parl. Rat	Parlamentarischer Rat
PartGG	Gesetz über Partnerschaftsgesellschaften Angehöriger Freier Berufe
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
Pielow	Bearbeiter, in: J.-C. Pielow (Hg.), Gewerbeordnung, Online-Kommentar
PolG	Polizeigesetz
PrALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
PrOVGE	Entscheidungen des preußischen Oberverwaltungsgerichts
RdA	Recht der Arbeit
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RP	Rheinland-pfälzisch
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RStV	Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag)
S.	Seite
s.	siehe
SA	Sachsen-Anhalt
Saarl.	saarländisch
Sächs.	Sächsisch(e)
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
Sanh	Sachsen-Anhalt
SchlH	Schleswig-Holstein (schleswig-holsteinisch)
Schmidt, BT 1	R. Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil Band 1, 1995
Schmidt, BT 2	R. Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil Band 2, 1996
SE	Societas Europaea
Slg.	Sammlung

Abkürzungsverzeichnis

s. o.	siehe oben
sog.	so genannte(r)
SOG HH	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Hamburg
Sp.	Spalte
Span	Spanisch(e)
StAnz	Staatsanzeiger
StbG	Steuerberatungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StGH	Staatsgerichtshof
Stober, Handbuch	R. Stober, Handbuch des Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrechts, 1989
Stober, Quellen	R. Stober, Quellen zur Geschichte des Wirtschaftsverwaltungsrechts, 1986
Stober, Rechts-schutz	Bearbeiter, in: R. Stober (Hg.), Rechtsschutz im Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrecht, 1993
Stober, Gewerbe-recht	Bearbeiter, in: R. Stober (Hg.), Lexikon des Gewerberechts, 1999
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
s. u.	siehe unten
SubvG	Subventionsgesetz
TA	Technische Anleitung
TMG	Telemediengesetz
Thür.	Thüringen (thüringisch)
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter
TKG	Telekommunikationsgesetz
TÜV	Technischer Überwachungsverein
u. a.	und andere, unter anderem
UAG	Umwelt-Audit-Gesetz
UIG	Umweltinformationsgesetz
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UVP	Richtlinien zur Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
V	Verordnung (auch: VO)
v.	vom, von
VBIBW	Verwaltungsblätter Baden-Württemberg
Verf.	Verfassung
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VerpackG	Verpackungsgesetz
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VO	Verordnung (auch: V)
Vorbem.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VVO	Verfahrensordnung in Beihilfesachen (Verordnung (EU) Nr. 2015/1589 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Art. 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

Abkürzungsverzeichnis

WaffG	Waffengesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung (Beilage zum Gewerbearchiv)
Wolff/Bachof/ Stober/Kluth I	Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht, Band I, 13. Aufl. 2017
Wolff/Bachof/ Stober/Kluth II	Wolff/Bachof/Stober/Kluth, Verwaltungsrecht Band II, 8. Aufl. 2019
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organisation
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziekow	J. Ziekow, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 4. Aufl. 2016
ZLR	Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht/Film und Recht
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

